

Rückblick Sondersession 2019

Andreas Ott, Fraktionssekretär

Finanzausgleich wird angepasst, beinhaltet aber noch immer Fehlanreize

[18.075 Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich. Änderung](#)

[17.316 Abschaffung von NFA-Fehlanreizen](#)

Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat den Kompromiss der Kantone zur Revision des Finanzausgleichs angenommen. Die Reform entlastet insbesondere die Geberkantone, die bis anhin mehr als geplant einbezahlt hatten. Hinzu kommt, dass der Ausgleich künftig errechnet wird und nicht mehr alle vier Jahre politisch erstritten werden muss. Doch auch dieser Reformschritt führt dazu, dass bei einigen finanzschwachen Kantone nach wie vor Fehlanreize bestehen. Wenn diese Kantone ihre finanzielle Lage verbessern, indem sie neue Unternehmen ansiedeln, verlieren sie unter dem Strich. Denn mit dem zusätzlichen Steuersubstrat fällt die Kürzung der Ausgleichszahlung grösser aus als die dadurch generierten Steuereinnahmen. Einzig die SVP-Fraktion wollte, dass alle Kantone einen Anreiz erhalten, sich aus eigener Kraft zu verbessern.

Bestände von Wolf und Biber besser kontrollieren

[17.052 Jagdgesetz. Änderung](#)

Bereits heute erlauben die Behörden bei Problemen den Abschuss einzelner Wölfe. Künftig soll der ganze Wolfbestand reguliert werden können: Die Behörden sollen Tiere zum Abschuss freigeben dürfen, wenn Schaden droht, nicht erst, wenn bereits Schafe gerissen wurden – auch dann, wenn keine Herdenschutzmassnahmen ergriffen wurden. Auch der Biberbestand soll reguliert werden können; der absolute Schutz wird aufgeweicht. Bund und Kantone sollen sich ausserdem an der Vergütung von Schäden an Wald, landwirtschaftlichen Kulturen und Nutztieren beteiligen, den Tiere bestimmter geschützter Arten verursachen.

Versicherungsvertragsgesetz wird modernisiert

[17.043 Versicherungsvertragsgesetz. Änderung](#)

Das Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag ist über 100 Jahre alt und muss an die heutigen Bedürfnisse angepasst werden. Insbesondere der elektronische Geschäftsverkehr soll erleichtert werden, namentlich der Abschluss von Versicherungen via E-Mail und online. Für Diskussionen sorgten im Vorfeld Vorwürfe, das Gesetz sei einseitig auf die Interessen der Versicherer ausgerichtet. Der Nationalrat nahm die Bedenken auf und verabschiedete nun eine sehr ausgeglichene Revision. Beispielsweise wird es keine einseitigen Vertragsanpassungen geben, was im Bereich der Krankenzusatzversicherung potentiell negative Konsequenzen gehabt hätte.

Parlament will keine Steueramnestie

[16.311 Kt. lv. FR. Allgemeine Steueramnestie](#)

Der Kanton Freiburg wollte die Möglichkeit schaffen, damit die Kantone eigenständig über eine Steueramnestie beschliessen können. Damit kann bisher undeklariertes Vermögen straffrei angegeben werden. 1969 erhielt der Kanton Freiburg damit 334 Millionen Franken an Steuereinnahmen. Doch nach dem Ständerat lehnte auch der Nationalrat dies ab. Einzig die SVP-Fraktion wollte den Kantonen dieses Recht zugestehen.

Wert der Banknoten nicht im Gesetz verankern

[16.314 Kt. lv. ZG. Änderung des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel](#)

Bargeld gerät aus gewissen Kreisen immer mehr unter Druck, obwohl Barzahlungen in der Schweiz nach wie vor sehr beliebt sind. Damit die Nationalbank nicht plötzlich auf die Ausgabe von Banknoten mit hohem Wert verzichten kann, namentlich die Tausendernote, wollte der Kanton Zug diese im Gesetz verankern. Doch der Nationalrat wollte davon nichts wissen und lehnte die Standesinitiative gegen den Willen der SVP endgültig ab.

Heiratsstrafe endlich abschaffen

[16.318 Kt.IV. AG. Abschaffung der Heiratsstrafe](#)

Die Diskussion um die für ungültig erklärte Volksabstimmung wird um ein Element reicher. Der Nationalrat nahm mit Unterstützung der SVP eine Standesinitiative des Kantons Aargau an, welche die Abschaffung der Heiratsstrafe im Bereich der Steuern und der Sozialversicherungen fordert. Ziel ist es vor allem, den Druck auf den Bundesrat hoch zu halten, der noch nicht entschieden hat, wie es nach dem Bundesgerichtsurteil weitergehen soll.

Keine CO2-Importsteuer

[17.3439 Po. Grüne. Climate first. Besteuerung der grauen CO2-Emissionen von Ländern, die beim Abkommen von Paris nicht mitmachen](#)

Die Grünen wollen Importe, die aus Ländern stammen, die das Klimaabkommen von Paris ablehnen, mit einer CO2-Abgabe belegen. Damit zielen die Grünen insbesondere auf die USA unter Präsident Trump. Die bürgerlichen Parteien lehnten diese Klimasanktionspolitik jedoch ab.

Keine staatliche Verlagerungsstrategie für Kurzstreckenflüge

[17.3414 Mo. Hardegger. Verlagerungsstrategie für Kurzstreckenflüge](#)

Eine Motion aus der SP wollte den Bund dazu verpflichten, dazu beizutragen, dass Kurzstreckenflüge auf die Bahn verlagert werden. Dumm nur, dass die bilateralen Verträge mit der EU es verbieten, Flugangebote abhängig von der Distanz oder dem Zweck der Reise zu diskriminieren. So lehnte der Nationalrat die Motion deutlich ab.

Nach dem Staatsfernsehen nicht auch noch Staatszeitungen

[17.3393 Mo. Fraktion S. Gattungsübergreifendes Mediengesetz](#)

Die Linke verlangte in einer Motion ein neues Mediengesetz, das auch die staatliche Förderung von Zeitungen und Zeitschriften ermöglicht. Dafür hätten die Zeitungen aber auch ihre Eigentümer offenlegen müssen. Glücklicherweise lehnten die Bürgerlichen die Motion klar ab. Fernsehgebühren sind genug, da brauchen wir nicht auch noch eine Zeitungssteuer.

Flexiblere Arbeitszeiterfassung bei Firmengründern

[16.442 Pa.IV. Dobler. Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein](#)

Sogenannte Start-Ups und ihre kreativen Firmengründer sind ein wichtiges Element, damit die Schweizer Wirtschaft innovativ und konkurrenzfähig bleibt. Starre Regulierungen legen den Start-Ups aber oft Steine in den Weg. Darum gab der Nationalrat mit Unterstützung der SVP einer parlamentarischen Initiative Folge, damit Mitarbeitende von Start-Ups, die selber an der Firma beteiligt sind, ihre Arbeitszeit nicht mehr erfassen müssen. Als Mitinhaber sollen diese schliesslich selber entscheiden können, wie viel ihrer eigenen Zeit sie in ihre Firma investieren wollen.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[19.3427 Mo.](#) Verzicht auf unnötige Bildung eines Unterstützungskommandos in der Armee

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)
[Motionen](#)

[Postulate](#)
[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)